Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 36mm br. Kolonelzeile od. deren Raum mit 30 Pf. u. 30 % Zuschlag berechnet und in umf. Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäftsangen. Reklamen die 78 mm breite Zeile 1 Mk. u. 30 % Zuschl. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 32.

Nr. 273. Halle, Freitag, den 14. Juni. 1918.

Wie der Zar belogen wurde.

Neue Tatsachen über die Entstehung des Krieges. — Oertliche Kämpfe im Westen bei Ypern und Noyon.

Ein Kapitel zur Entstehung des Weltkrieges.

Die Schuld des Generals Januschkewitsch am Ausbruche des Völkerringens — Am 29. Juli mobilisierte Rußland schon im ganzen Reiche.

WTB. **Berlin**, 13. Juni. (Drahtnachricht.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Unser Vertreter hatte in diesen Tagen Gelegenheit, den Hetman der Kalmücken, Fürst Tundutow, der sich auf der Durchreise einige Tage in Berlin aufhielt, zu sprechen. In den Tagen vor Kriegsausbruch war Fürst Tundutow als Verbindungsoffizier zum Chef des Generalstabes, des Generals Januschkewitsch, kommandiert und hat in dieser Eigenschaft die schwerwiegenden weltgeschichtlichen Ereignisse jener Tage aus nächster Nähe mit angesehen. Er erzählt hierüber folgendes:

In jener Nacht, als der Zar den General Januschkewitsch anrelephonierte und von ihm die Rückgängigmachung der Mobilmachung verlangte, hielt ich mich im Nebenzimmer des Arbeitszimmers des Generals auf und konnte alle Vorgänge genau verfolgen. Es war dies am 29. Juli.

Nach dem Gespräch des Zaren mit Januschkewitsch sprach dieser zunächst mit dem ihm nahe befreundeten Sjassonow. Gleich darauf rief er nochmals den Zaren an und teilte ihm mit, die Mobilmachung sei nicht mehr aufzuhalten. Das war gelogen! Vor ihm auf dem Tisch lag noch der unterschriebene Mobilmachungsbefehl, den er nun erst, gleich nach dem Gespräch mit dem Zaren, herausgab.

Auf die Frage, ob es sich nur um den Teil- oder um den Gesamtmobilmachungsbefehl gehandelt habe, sagte der Fürst: Nein, es handelte sich um den Mobilmachungsbefehl für das ganze russische Reich in Europa und Sibirien. Später, nach Ausbruch der Revolution hat der Fürst General Januschkewitsch wieder gesprochen. Januschkewitsch war jetzt ganz gebrochen und stand unter dem Druck der Verhältnisse. Offenbar erkannte er jetzt, daß er sich doch beim Kriegsausbruch getäuscht und damals unrichtig gehandelt habe.

Deutscher Abendbericht.

WTB. **Berlin**, 13. Juni, abends. (Amtlich.) **An den Kampffronten ist die Lage unverändert. Oertliche Kämpfe südlich von Ypern, südwestlich von Noyon und südlich der Aisne.**

Wiener Bericht.

WTB. **Wien**, 13. Juni. Amtlich wird verlautbart: An der italienischen Front geringe Gefechtstätigkeit. In Albanien wurde das Vordringen der Franzosen in der Linie Mamia—Sinaprenta zum Stehen gebracht.

Der Chef des Generalstabes.

Die Lage bei Compiegne.

„Nicht mehr unbedenklich."

Bern, 13. Juni. (Priv.-Tel.) Der Militärkritiker des „Temps" erachtet die Lage bei Compiegne nicht mehr als unbedenklich, wenn den Deutschen ein neuer Raumgewinn bei den bevorstehenden Kämpfen beschieden sein sollte. Das Blatt meldet, daß General Foch persönlich die Verteidigungsmaßnahmen zur Sicherung von Compiegne leitet.

Die Heftigkeit der Artilleriekämpfe.

Zürich, 13. Juni. (Priv.-Tel.) Der „Secolo" meldet aus London: Die englischen Kriegsberichterstatter an der Westfront heben die außerordentliche Heftigkeit der Artilleriekämpfe an der Front hervor und sind geneigt, in diesem Kampfe die Entscheidungsschlacht des Feldzuges zu sehen. Nach anfänglichem Zurückweichen in der Mitte habe nunmehr der Widerstand der Franzosen den Grad von Verzweiflungskämpfen angenommen. Die Deutschen führten immer neue Massen in den Kampf trotz empfindlicher Verluste.

Die deutsche Ueberlegenheit.

Zürich, 13. Juni. (Priv.-Tel.) Der „Züricher Post" wird aus London telegraphiert, daß in der jetzigen Schlacht wahrscheinlich nicht weniger als 25 deutsche Divisionen eingesetzt seien. Das Telegramm lobt den Widerstand der Franzosen, hebt aber hervor, daß es eben wegen der verhältnismäßigen Langsamkeit des deutschen Vordringens dem Gegner möglich war, seine Feldartillerie auf dem Marsche mitzuführen. Am 1. d. M. sei auf französischer Seite der Befehl zum Rückzuge auf das Westufer der Oise gegeben worden, so daß die Deutschen bis Ribecourt vordringen konnten.

Der Erfolg zwischen Montdidier und Noyon.

3500 Gefangene eingebracht.

WTB. **Berlin**, 13. Juni. (Drahtnachricht.) **Der große Erfolg zwischen Montdidier und Noyon hat gezeigt, daß die Deutschen die stärkste feindliche Front durchbrechen, selbst wenn das Ueberraschungsmoment fehlt.** Sämtliche Gefangene sagen übereinstimmend aus, der deutsche Angriff sei schon drei bis vier Tage vorher bekannt gewesen. Die französische Artillerie wurde erheblich verstärkt, Truppen wurden herangezogen und sämtliche nur möglichen Abwehrmaßnahmen getroffen. Die französischen Vorgesetzten forderten in Ansprachen und Befehlen ihre Truppen auf, bis zum letzten Mann die Stellungen zu halten. Trotzdem führte auch dieser deutsche Angriff zu einem großen und vollen Erfolge. Die Verluste des Feindes sind außerordentlich schwer. Das 11. Kürassier-Regiment und das 131. Infanterie-Regiment können als aufgerieben gelten. Von dem 76. Infanterie-Regiment hat sich ein großer Teil gefangen gegeben.

Nach seiner schweren Niederlage vom 11. Juni griff am nächsten Tage der Gegner wiederum mit starken tief gegliederten Kräften, unterstützt durch zahlreiche Tanks, unsere Stellungen beiderseits der Lille Straße an. In harten Kämpfen wurde er auch diesmal unter schwersten Verlusten abgewiesen. Ein gegen 2 Uhr nachmittags gegen unsere Linien bei Antheuil einsetzender neuer Angriff wurde durch Vernichtungsfeuer zerschlagen und kam nicht zur Entwicklung.

Die nutzlosen Massenangriffe der Franzosen haben lediglich ihre Blutopfer in erschreckender Weise erhöht. Der 11. und 12. Juni gehören mit zu den verlustreichsten Tagen des Feindes seit dem 21. März. Dazu kommt, daß der Feind auch am 12. Juni aufs neue über 3500 Gefangene an uns verlor.

Chateau Thierry von den Franzosen ausgeplündert.

WTB. Berlin, 12. Juni. (Drahtnachricht.) Bei fast sämtlichen in Chateau Thierry gefangen genommenen Franzosen wurden zahlreiche Gegenstände gefunden, die aus Läden und Wohnungen der Stadt stammen. Die Stadt ist offenbar von den französischen Truppen geplündert worden.

Erhebliche Einschränkung des französischen Zugverkehrs.

Genf, 13. Juni. (Priv.-Tel.) Auf den französischen Bahnstrecken ist seit Sonnabend eine erhebliche Einschränkung des Zugverkehrs eingetreten. Aus Lyon wird berichtet, daß von den von und nach Paris verkehrenden Zügen mehr als 25 Prozent bis auf weiteres wegfallen.

Lloyd George verschiebt seine Rede.

Rotterdam, 13. Juni. (Priv.-Tel.) „Daily News" meldet: Infolge des Ernstes der militärischen Lage in Frankreich ist Lloyd Georges Rede im Unterhause vertagt worden. Die Arbeiterpartei hat in die Vertagung eingewilligt.

Die Entente und Rußland.

WTB. **London**, 13. Juni. (Reuter.) Im Unterhause fragte Lee Smith, ob zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten ein Abkommen betreffend der Einmischung in russische Angelegenheiten zustande gekommen sei, und ob beschlossen wurde, daß Rußland weitestgehende wirtschaftliche Hilfe zu leisten ist. Balfour erwiderte, der Bericht über den Abschluß eines Abkommens, durch welches auf eine Intervention in Rußland verzichtet wird, treffe nicht zu. Selbstverständlich wünschen wir lebhaft, Rußland auf wirtschaftlichem Gebiete Beistand zu leisten.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Die Politik der Unverantwortlichen.

Der bekannte Antrag Roeficke auf anderweitige Regelung unserer Lebensmittel-Organisation war von vornherein ein totgeborenes Kind. Kaum war der Antrag mit seiner Forderung, daß ein Teil der Ernte-Erträgnisse den Erzeugern für den freien Handel belassen werden sollte, in der Oeffentlichkeit bekannt geworden, da setzte eine so lebhafte Kritik ein, wie wohl selten bei einem zur Lebensmittelfrage gemachten Vorschlage während des Krieges. Nur wenige Stimmen gab es, die den Antrag Roeficke unterstützten. In der überwiegenden Mehrzahl der Beurteiler war man sich einig darüber, daß die Durchführung dieses Antrages zu einer ungeheuerlichen Begünstigung der Erzeuger einerseits und einer ebenso großen Benachteiligung der reichen Verbraucher andererseits führen müsse. Die Gebiete, auf denen der Mittelstand schweren Schädigungen ausgesetzt ist, wären um eine Serie vermehrt worden. Er hätte keinen Anteil gehabt an der Verteilung des vom Staate beschlagnahmten, für die kopfmäßige Verteilung bestimmten Erträgnisses, und auch keinen Anteil an der Produktion, die dem freien Handel überlassen bleiben sollte, weil er nicht die Mittel besessen hätte, um seinen Bedarf hiervon eindecken zu können. Der Schleichhandel, den zu töten noch kein Gesetz erfunden ist, hätte goldene Zeiten vor sich gehabt. Während er bisher nur unter strengstem Ausschluß der Oeffentlichkeit betrieben wird, wäre dann seine Existenz eine gewissermaßen amtlich anerkannte gewesen. Die Kritik an dem Antrage Roeficke sagte auch mit Recht, daß es in dem jetzigen Stadium des Krieges kaum noch möglich sein würde, eine so weitgehende Umstellung unserer gesamten Ernährungspolitik vorzunehmen.

Der Antrag war tot, ehe er in dem Ernährungsausschuß des Reichstages am Mittwoch zur Besprechung kam. Dort nahm auch Staatssekretär von Waldow das Wort, dem niemand etwa irgendeine Agrarierfeindlichkeit wird nachsagen können. Herr von Waldow führte in seiner Rede zum Antrage Roeficke aus: „Ich bin natürlich auf Verbesserungen bedacht, kann aber das gegenwärtige System solange nicht aufgeben, wie die Knappheit besteht, weil es bisher uns in vier Kriegsjahren leidlich durchgeholfen hat, und weil die Abänderungsvorschläge einerseits zu unzeitgemäßen Experimenten führen und andererseits sehr unerwünschte Härten gerade für den Erzeuger mit sich bringen. Das vorgeschlagene System der Landumlagen ist für die allgemeine Volksversorgung unsicher, weil die notwendige Sicherung für die unvermeidlichen, nicht vorher gesehenen Ausfälle in einzelnen Landesteilen auch bei im allgemeinen guter Ernte und für Nachforderungen von einzelnen Bedarfsstellen, wie namentlich der Heeresverwaltung, fehlt; eine solche liegt lediglich in der allgemeinen Beschlagnahme der gesamten Ernte, weil nur dann noch später der Rückgriff auf besser versorgte Gebiete möglich ist, während bei dem Grundsatz der Landumlage der frei gelassene Ernteteil verbraucht sein würde. Die Landumlagen sind aber auch für die Erzeuger bei der jetzigen Knappheit der Ernte nicht milder, weil von vornherein ein erheblich höherer Zuschlag für alle eintretenden Ausfälle, etwa 25 Prozent, vorgesehen werden müßte, als es in den Verbesserungsvorschlägen vorgesehen ist. Außerdem läßt sich die Höhe der Landumlagen beim Beginn der Ernte kaum errechnen, weil der wahre Ernteertrag auch nur annähernd richtig erst erheblich später geschätzt werden kann. Praktisch würde der Sicherungszuschlag zur Landumlage fast die gesamte Ernte erfassen. Die Landumlage enthält unerwünschte Härten für die Erzeuger, da die Umlage nicht individuell nach dem wirklichen Ertrage der Einzelbesitzung, sondern nur summarisch verteilt werden kann. Es würde unter Hinzurechnung des notwendigen Sicherungszuschlages der eine oder andere sehr viel behalten, während die Mehrzahl der Erzeuger nicht einmal den dürftigsten Lebensunterhalt behielte, der ihnen doch bei dem jetzigen System unbedingt gewährleistet ist."

Also nicht nur zum Schaden der Verbraucher, auch zum Schaden der Erzeuger würde die Verwirklichung des Antrages Roeficke nach den Worten des verantwortlichen und zuständigen Staatssekretärs ausschlagen. Nachdem Herr v. Waldow als zuständiger Beamter seine Meinung in so klarer Weise zum Ausdruck gebracht hat, sollten die Unverantwortlichen endlich verstummen, die immer nur, gewollt oder ungewollt, die Versorgung des deutschen Volkes vom Gesichtswinkel des Erzeugers betrachten und zu wenig von Standpunkte der Notwendigkeit einer allgemeinen einigermaßen genügenden Ernährung. Die Durchführung der Ideen des Herrn Roeficke

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180614015/fragment/page=0001

ist einfach solange eine Utopie, als wir in Deutschland nicht genügend Lebensmittel erzeugen, um die Ernährung des ganzen Volkes sicherzustellen. Seine Idee würde sofort in einem anderen Lichte erscheinen, wenn wir eine, wenn auch nur geringe, Ueberproduktion hätten, aber dann wäre die Rationierung vor einigen Jahren wohl überhaupt nicht eingeführt worden.

Ob die Agrarier sich mit dieser Erledigung des Antrages Roesicke zufrieden geben werden? Einstweilen macht das nicht den Eindruck. Die Ratschläge der Unverantwortlichen werden vielmehr lustig fortgesetzt. Zur Abwechslung tritt jetzt Graf Schwerin-Löwitz, Präsident des deutschen Landwirtschaftsrates, mit einem Vorschlage hervor. Er will eine andere Bewirtschaftung der Kartoffeln erzielen, die immer noch das Hauptnahrungsmittel aller mittleren und unteren Bevölkerungsschichten sind und auf lange hinaus auch noch bleiben werden. Das Rezept ist das gleiche, das schon der Antrag Roesicke im Auge hatte. Auch hier soll ein gewisser Teil der Ernte zur Rationierung kommen, während der übrige Teil dem freien Handel verbleiben soll. Ein solcher Vorschlag verurteilt sich von selbst in einer Zeit, wo man mit Sorgen daran denkt, ob wir bis zur neuen Kartoffelernte reichen werden und wo zahlreiche Städte zur Herabsetzung der Kopfquote übergehen mußten. Weil wir auch Kartoffeln nicht genügend haben, gilt für den Vorschlag des Grafen Schwerin-Löwitz dasselbe, was der Staatssekretär von Waldow zu dem allgemeinen Vorschlage Roesickes am Mittwoch ausgeführt hat. Wir können heute einfach nicht mehr laborieren! Wir müssen auf dem eingeschlagenen Wege fortgehen. Besserung kann nach wie vor nur durch eine Unterbindung des Schleichhandels herbeigeführt werden, und das wird nur durch eine gerechte, aber scharfe Erfassung der Ernte erreicht!

C. H.

Clemenceaus Friedensfeindschaft.

Er will ein nationaler Held werden.

WTB. **Budapest**, 12. Juni. **Der Madrider Berichterstatter des „Az Est“ erfährt, daß Clemenceau seiner Abneigung, Frieden zu schließen, einem Freunde gegenüber in folgender Weise Ausdruck verlieh: Ich kenne die französische Mentalität sehr gut. Wenn ich Frieden schließe, wird man mich, auch wenn er noch so gut und vorteilhaft ist, der Schwäche und des Landesverrates anklagen. Wenn ich indessen den Krieg fortsetze, werde ich, auch wenn er noch so schrecklich ist, ein nationaler Held werden. Denken Sie daran, was das Schicksal Thiers und Gambettas war. Ich sehne mich nicht nach der schweren und undankbaren Rolle Thiers.**

Die Schlacht westlich der Oise.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.

Westfront, den 12. Juni.

Einen Augenblick machte es scheinen, als ob der Generalissimus Foch zu einem großen Gegenschlag ausholen wollte, indem er starke Kräfte versammelte, die unsere gegen Amiens vorgedrückte Linie in der Flanke bedrohen sollte. Erst die spätere Kriegsgeschichte wird entscheiden können, ob der feindliche Oberfeldherr damit lediglich dem Drängen der unberufenen öffentlichen Kritik in Frankreich und England nachgegeben, oder ob er sich wirklich zugetraut hat, der deutschen Heerführung das Gesetz des Handelns in einem äußersten Augenblick zu entreißen. Die Tatsache, daß er

mit letzten Trümpfen spielen

mußte, daß er, um hier die nötige Anzahl von Divisionen an ein entscheidenderes Unternehmen zu wenden, an der Marnefront die Trümmer der am 27. Mai vernichtend geschlagenen Einheiten schon wieder in den Kampf hetzt, könnte ja nach dem Erfolge für eiserne Nerven oder für eine verzweifelte peinliche Lage des Feindes gedeutet werden. In jedem Falle steht fest, daß hier der deutsche Angriff auf starke,

selbst zum offensiven Vorgehen bereite Massen

gestoßen ist, die völlig vorbereitet waren und alsbald zum Gegenstoße übergehen konnten.

Der Feind richtete seinen Hauptstoß auf die Linie Courcelles bis südlich Mery. Im Gegensatze zu unserer neuen erfolgreichen Angriffsweise hatte er den Infanteriesturm durch stärkste Artillerievorbereitung eingeleitet. Neben beträchtlichen Kampffliegergeschwadern unterstützten ganze Herden von Tanks das Vorgehen seiner Sturmtruppen. Bei Courcelles sind etwa 30 Tanks gezählt worden, von denen sechs abgeschossen wurden, bei Mery-sur-Oise griffen

60—80 dieser Kampfpanzerwagen,

also ein erheblicher Teil der dem Feinde überhaupt zur Verfügung stehenden Tanks, in die Schlacht ein, von denen über 30 zur Strecke gebracht wurden. Der Nahkampf wogte erbittert hin und her. Bei Courcelles brach der feindliche Vorstoß blutig zusammen. Bei Mery-Belloy wurde der Stoß des Gegners durch Gegenangriff aufgefangen. Ueber den Arondebach drang der Feind bis zur Porteferme vor, die er aber nicht halten konnte; hier wurde er

durch sofortigen Gegenstoß weit nach Süden geworfen.

Ein französisches Infanterie-Regiment, welches aus Schloß Rimberlieu vorzubrechen versuchte, wurde unter blutigen Verlusten abgewiesen. Der Feind unternahm noch eine Reihe von Gegenangriffen, zum Teil abermals mit starker Tankunterstützung, die jedoch alle vergeblich waren.

Trotz seines großen Luftaufgebotes blieb

die Ueberlegenheit der Flieger

durchaus auf unserer Seite. Unsere Schlachtstaffeln griffen die feindliche Infanterie und die Tanks mit Maschinengewehren und Bomben an. Die von Truppen und Kolonnen wimmelnden Straßen bei Compiegne wurden mit Maschinengewehren abgehämmert, die Stadt selbst mit 19 600 Kilogramm Bomben in einer Nacht beworfen, während sie gleichzeitig ebenso wie Estrees-St. Denis dauernd unter unserem schweren Flachfeuer liegt.

Der Feind hat im Ganzen an 15 Divisionen in den Kampf geworfen. Die Armee, welche unser neuer Schlag getroffen hat, ist die dritte französische, die dem General Humbert unterstellt und nach ihrem Einschwenken in die zwischen Engländern und Franzosen nach unserem März angriff entstandene Lücke den voreiligen Ruhmestitel des „Retter von Paris“ erhalten hatte.

(Kb.) **W. Scheuermann**, Kriegsberichterstatter.

Was die Franzosen berichten.

Französischer Heeresbericht vom 12. Juni nachmittags. Zwischen Montdidier und der Oise dauerte die Schlacht am

Der Heeresetat im Reichstage.

Die Behandlung der Elsaß-Lothringer — Die Behandlung der Kriegsgefangenen — Die Einziehung von Arbeitern — Gegen den Aufklärungsdienst.

Berlin, 13. Juni.

Am Bundesratstisch v. Stein.

Bei Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Dr. Wirth, daß er entgegen anderer Meinung der Tätigkeit der Schwestern aus vollster Ueberzeugung Lob gespendet und sie in Schutz genommen habe.

Darauf wird die

Beratung des Heeresetats

fortgesetzt.

Ein sächsischer Regierungsvertreter weist mehrere Vorwürfe zurück, die gegen sächsische Truppenteile erhoben wurden. Die „Leipziger Volkszeitung“ sei verboten worden wegen ihrer Richtung. Die Gewährsmänner der Unabhängigen Sozialdemokratie sind vielfach recht zweifelhafter Natur.

Abg. **Haus** (Elsässer): Die

elsaß-lothringischen Soldaten

dürfen nicht als Soldaten minderer Rechte behandelt werden. Freudig eilten sie 1914 zu den Fahnen und schlugen sich nach dem Urteil Exzellenz v. Deimlings vortrefflich. Trotzdem mußten sie den Schimpf über sich ergehen lassen, als unsichere Kantonisten aus dem Westen nach dem Osten gebracht zu werden. Bedauerliche Einzelfälle dürften nicht verallgemeinert werden.

Abg. **Schirmer** (Zentr.): Bei einem so großen Organismus wie unser Heer sind Mißstände wohl kaum unmöglich. Vielleicht läßt sich die

Entlassung der Jahrgänge 1871/72

bald ermöglichen. Bei der Briefzensur muß vor allem in Familien- und geschäftlichen Dingen Diskretion herrschen und der Verkehr mit Abgeordneten unbehindert bleiben. Haben die Offiziere, z. B. die kommandierenden Generale, auch ein Drittel ihres Gehaltes für die Kriegsanleihe gezeichnet wie die Mannschaften?

Oberstleutnant **von Frankenberg**: Die Behandlung der Kriegsgefangenen bei uns ist besser als in irgend einem anderen Lande. Die Befürchtung, daß die aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten deutschen Soldaten bei einer neuen Gefangenschaft im Westen erschossen würden, ist nicht berechtigt. Jedenfalls wird zum Schutze unserer Leute alles getan.

Abg. **Böhle** (Soz.): Die Einziehung von Arbeitern geschieht vielfach aus politischen Gründen. **Die elsaß-lothringischen Soldaten klagen dauernd über Zurückstellung vom Urlaub. Wie lange sollen die Verkehrsbeschränkungen für Elsaß-Lothringen noch beibehalten werden?**

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (Fortschr. Vp.): **Bei dem** Aufklärungsdienst spielt

die Anschwärzung des deutschen Parlaments

eine traurige Rolle. Die Mannschaften werden vielfach verschwendet. Ist es wahr, daß ein geheimer Erlaß besteht, wonach an der Front in erster Linie Landwehr- und Reserveoffiziere zu verwenden sind? (Kriegsminister v. Stein ruft: Kein Wort wahr davon!) Dann nehme ich das zurück. Die Reserveoffiziere werden vielfach benachteiligt. Ein Frontabzeichen für die erworbenen Ehrenzeichen wäre notwendig. Die Klagen der alten Landsturmleute müssen schnell und willig verfolgt werden.

Kriegsminister **v. Stein**: Der Abg. Müller-Meiningen **hat mehrfach Verdächtigungen gegen die aktiven Offiziere** ausgesprochen, von denen der größte Teil draußen beerdigt liegt, zu deren Ersatz die Offiziere des Beurlaubtenstandes in vorderster Linie verwendet wurden. Wenn er, wie er selbst sagt, nicht daran glaubt, dann hat er auch nicht das Recht, es auszusprechen.

Abg. **Held** (natl.): Bei der Entlassung aus dem Lazarett darf nicht auf die Leute eingewirkt werden,

auf ihre Rente zu verzichten.

General **v. Wrisberg**: **Den vorgebrachten Klagen wird** nachgegangen und den Wünschen nach Möglichkeit entsprochen werden. Die Nachforschung nach der Gesinnung aus Rußland heimkehrender Kriegsgefangener ist keine Gesinnungsschnüffelei, sondern verdammte Pflicht und Schuldigkeit, da die Bolschewiki bekanntlich versucht haben, ihnen ihre Ideen einzuimpfen. Die Stimmung im Heere ist, abgesehen von einigen selbstverständlich vorhandenen Resignierten gut, sonst wären die letzten Erfolge unmöglich gewesen.

General Freiherr **von Langemann und Erlenkamp**: **Vom** Begnadigungsrecht wird weitgehend Gebrauch gemacht. Ebenso vom Strafaufschub. Wenn es vorgekommen ist, daß ein aus dem Lazarett zu Entlassender schriftlich die Erklärung abgeben sollte, auf eine Rente zu verzichten, um entlassen zu werden, so werde ich meine ganze Person dafür einsetzen, daß solch ein grober Unfug aufhört.

Abg. **Rupp**-Baden (Kons.) wünscht, daß auf die Beurlaubung landwirtschaftlicher Arbeiter möglichst Rücksicht genommen werde.

Darauf wird vertagt. Persönlich erklärt Abg. Müller-Meiningen, die Antwort des Kriegsministers habe **nicht der** loyalen Form entsprochen, in **der die Klagen vorgebracht** wurden.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr (Anfragen, Fortsetzung der Beratung).

Schluß gegen 7 Uhr.

Schritte auf der Treppe.

Roman von **Marie Stahl**.

54. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie sah ihm eine Weile sorgenvoll zu, bis er einmal am Geländer stehen blieb, sich gewaltsam aufreckte und gleich wieder zusammensiel. Mit einem schnellen Entschlusse warf sie einen Schal über — sie war noch vollständig angekleidet — und schlüpfte hinunter. Ihr Vater fuhr zusammen wie das böse Gewissen, als sie plötzlich neben ihm stand.

„Ah, du bist es, Kind! Warum bist du noch auf? Was gibt es denn?“ Die Frage klang erschrocken und nervös. Sie schob ihren Arm in den seinen und ging mit ihm auf und nieder.

„Ich sah dich von oben, Papa; ich kann auch nicht so früh schlafen — die Nächte sind so schön, schöner als die Tage.“

Ein silberner Mondnebel lag über dem See, kein Blatt rührte sich. Unter der feierlichen Pracht des uferlosen Sternenmeeres, das mit dem Horizonte zusammenfloß und in der seltsam transparenten Helle der Mittsommernacht verdämmerte, schwand die Erde zu einer dunklen Schale, aus der schwere, betäubende Wohlgerüche stiegen wie von einem Opferaltar. Es war die Zeit des reifenden Korns, der Linden- und Holunderblüte; die elfenbeinweißen Dolden des Hollerstrauchs hingen über allen Mauern und Hecken. Die Nachtigallen hatten sich schon müde gesungen; eine Vogelmutter klagte angstvoll im tiefen Garten, als fürchte sie für ihre Brut.

„Diese warmen Nächte lassen einen ja nicht schlafen.“ Er sagte es in gequälltem Tone und fuhr sich mit dem Tuche über die Stirn.

„Du arbeitest wieder zu viel und wirst nervös, Papa; das darf nicht sein. Du mußt dich schonen.“

„Kind, von der Arbeit wird man nicht krank. Arbeit ist das Beste, was man hat.“

Sie waren am Gelände des Altans stehen geblieben, das blühende Flattertosen umkränzten. Nadine sah zu ihrem Vater auf und erschrak, wie von Seelenqual und Leidenschaft zerwühlt sein Gesicht war. Hier in der Nacht fiel die Maske; sie sah brennende Pein und schwere Herzensnot in seinen fahlen Zügen. Und daneben tauchte aus dem Dunkel ein anderes Gesicht auf, wie eine Vision, das war Lore Olden mit dem heimlichen Triumph in den lachenden Augen. War das nicht die Lösung des drohenden Geheimnisses, das wie ein Gespenst in allen Winkeln des Hauses hockte und schleichend bis zu ihr herankroch, um in nichts zu zerfließen, wenn sie es fassen wollte?

Eine heiße Angst stieg ihr in die Kehle; sie legte die Hand fest und beschwörend auf des Vaters Arm und sagte dringend und lebhaft:

„Papa, das Haus ist zu unruhig für dich — diese Leute alle, die bald noch mehr werden, greifen dich an und verderben dir die Laune, weil du nicht bist wie sie. Sie haben eine andere Art zu leben und darum auch zu denken und zu sprechen. Mama zuliebe erträgst du das alles, aber es zerrt an deinen Nerven. Komm, Papa, wir wollen beide fortgehen. Laß uns morgen abreisen. Wir suchen uns einen schönen, stillen Ort, irgendwo in den deutschen Bergwäldern. Von dort machen wir weite Wanderungen, du weißt, ich bin gut zu Fuß. Komm, komm, du darfst nicht nein sagen!“

Ebernitz nahm die Sache nicht ernsthaft, er lachte, aber es klang nicht recht wie Lachen.

„Du denkst wohl, ich kann das ganze Jahr mit dir in der Welt herumreisen? Das gibt es nicht. Ich bin schon viel zu lange fortgewesen, das spüre ich jetzt an allen Ecken und Enden.“

„Nun, was macht es denn, wenn du am Schluß des Jahres eine Million weniger hast? Ich weine ihr nicht nach. Es ist lange nicht so schlimm als — als — —“

„Als was?“

„Als manches andere; z. B. daß du krank würdest.“

„Ich bin ein Mann und keine hysterische Frau. Männer werden nicht krank. Und von meinem Beruf verstehst du nichts. Den kann man nicht gleichgültig an den Nagel hängen und wieder herunternehmen, wie einen Rock, den man aus- und anzieht, das ist einem wie die Haut auf den Körper gewachsen, sonst ist es überhaupt nichts Rechtes. Es handelt sich hier nicht um eine Million oder soundsoviel Tausende, sondern um mein Lebenswerk.“

Nadine sah wieder zu ihm auf.

Ja, er war ein ganzer Mann, war es immer gewesen, jetzt hatte sie ihn erkannt und schätzen gelernt, wo er ihr zum erstenmal im Leben streitig gemacht wurde von der Person, die sie am meisten verabscheute. Die Eifersucht hatte das zustande gebracht. Sie fühlte, daß er ihr dieses Mal nicht nachgeben würde, sie hat vergeblich. Nun schwankte sie, sollte sie ihren höchsten Trumpf ausspielen? Sollte sie ihm sagen, das Weib, das wie eine Herrin in deinem Hause herumgeht, ist vielleicht eine Mörderin? — —

Ja, mehr konnte sie nicht sagen als „vielleicht“ und damit durfte sie ihm nicht kommen, es könnte eine Katastrophe herbeiführen, in der Lore Olden Siegerin blieb. Sie wußte ja, was sie selbst getan hätte, wenn ihr damals jemand zugeraunt, er ist deiner Liebe nicht würdig, ohne den tatsächlichen, unumstößlichen Beweis zu erbringen. Blitzschnell ging es ihr durch den Sinn, sie wollte morgen mit Doktor Bendler im Vertrauen sprechen. Er war in allem ihre Zuflucht.

Sie schmiegte sich etwas fester an seinen Arm.

„Papa — was ist dir das Liebste auf der Welt?“

Wie hätte ihn diese Frage und der Ton, in dem sie gestellt wurde, vor einigen Monden nach beglückt! Heute wurde sie zu einem grausamen Stachel, der in eine eiternde Wunde bohrte.

Er legte nur den Arm um sein Kind und murmelte:

„Kleines Dummes.“

Ihre Hand packte die seine fest.

„Ich will es sein, ich allein! Hörst du, ich ganz allein — Ich dulde niemand daneben. Sag mir, daß ich dir das Erste und das Letzte und das Liebste auf der Welt bin!“

„Habe ich dir das nicht immer bewiesen? Kann ein Vater mehr tun und mit mehr Liebe tun als ich damals —“

„Ja, damals. Aber es soll immer so bleiben. Du gehörst mir allein!“

Er küßte sie statt der Antwort, doch Küsse haben auch eine Sprache, vernehmlicher als Worte. Nadine fühlte, es war ein Verlegenheitskuß. Wie hatte er sonst gebettelt um ihre Liebe! Wie anders hatte er sie geküßt, wenn sie es einmal gnädig gestattete! Zornig machte sie sich frei und wandte sich ab. Sie ging ein paar Schritt weiter und lehnte über der Ballustrade. Die Lindenblütendüfte kamen in Wolken vom weiten Land herauf, hinter den Wäldern zuckte ein rotes Wetterleuchten.

„Komm, es wird spät, der Nebel ist nicht gut für dich“, sagte Ebernitz.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180614015/fragment/page=0002

Abend und während der Nacht ohne größere Veränderung fort. Auf der linken Front wurden alle Versuche feindlicher Gegenwirkung gebrochen. Die französischen Truppen machten neue Fortschritte östlich Mery und im Walde von Genlis. Heftige deutsche Angriffe suchten die Franzosen auch an der Aronde-Front bei Seint Maur-Ferme-Loyes-Antheuil zurückzudrängen. Die Franzosen hielten dem Stoß stand, fügten den Stürmenden Verluste zu und hielten ihre Stellungen. An der rechten französischen Front vermochten die Deutschen trotz mehrmaliger Anstrengung nicht über das Südufer der Matz vorzudringen. Die Franzosen halten den Raum südlich Chevincourt und Marest-sur-Matz. Nach neuen Meldungen traf gestern ein französischer Gegenangriff auf einen mächtigen deutschen Angriff, der sich an der gleichen Front in der Vorbereitung befand. Die französischen Truppen stießen auf starke Streitkräfte, die sie über den Haufen warfen. Die von einer einzigen französischen Division gemachten Gefangenen gehören vier verschiedenen deutschen Divisionen an. Südlich der Aisne griffen die Deutschen heute früh zwischen dem Fluß und dem Walde von Villers-Cotterets an. Erbitterte Kämpfe sind an der Front Dommiers-Cutry südlich Amblenn im Gange.

Pariser Vorbereitungen.

WTB. **Bern**, 12. Juni. Anläßlich der Schaffung **eines Verteidigungsausschusses** in Paris weist die Presse **darauf hin**, daß man daraus nicht schließen dürfe, daß die französische Hauptstadt bedroht sei. Man wolle nur für den Fall einer Bedrohung und Belagerung von Paris jetzt schon alle Vorbereitungen treffen. „Temps“ meint, Paris werde zu allen Opfern bereit sein. Die Erpressung, die Deutschland versucht, werde zwecklos sein. Teilweise Zerstörungen in Paris werden niemals bewirken, daß Franreich irgend welche Zugeständnisse oder demütigende Friedensangebote machen werde. — Sembat erklärt in der Zeitung „L'Heure“, daß jetzt schon alle Maßnahmen für eine ernsthafte Verteidigung von Paris getroffen werden.

Der Sturm auf Mareuil.

WTB. **Berlin, 13. Juni. Gury war genommen. Schrittweise wurde der zähe Gegner zurückgedrückt. Es gelang, eine besonders lästige 75 Millimeter-Batterie 500 Meter südlich Gury in der Flanke zu fassen. Ein Geschütz war schon durch Volltreffer erledigt. Unter dem Feuer der Schützen verließen die Kanoniere eiligst die Geschütze. Einer Protze glückte es, an ein seitwärts stehendes Geschütz heranzukommen und aufzuprotzen. Schon ist fast der schützende Hang erreicht, da wirft unsere Maschinengewehrgarbe**

die gesamte Bespannung zu Boden.

Auch rechts und links der Straße werden zahlreiche vollständig intakte Geschütze erbeutet. Aus einem Hohlweg feuern noch immer schwere Geschütze. Plötzlich sind die Unsrigen in der Batterie. Was sich wehrt, wird niedergemacht,

vier Steilfeuergeschütze schwersten Kalibers sind erbeutet.

Eines davon ist noch geladen, ringsum liegt Munition in Menge. In Mareuil bersten unaufhörlich schwere Geschosse unserer Mörser. Die feindliche Artillerie baut ab. Ihre Gegenwirkung hat merklich abgenommen. Von rechts und links dringen die Truppen durch den Wald.

Zahlreiche Gefangene

werden nach rückwärts abgeschoben. Um 5 Uhr nachmittags ist Mareuil in unserer Hand. Gegenangriffe der Franzosen, in denen sie sich vergeblich bemühten, uns die errungenen Erfolge wieder zu entreißen, haben

erschreckend viel französisches Blut gekostet.

Nach der Erstürmung des Riquebourgrückens flüchtete der Franzose durch den Wald. Die wenigen für die Flucht verbleibenden Schneisen wurden von dem Verfolgungsfeuer der deutschen Artillerie so sicher gefaßt, daß den Franzosen der Rückweg abgeschnitten wurde und die fliehenden Trümmer fast gänzlich vernichtet wurden. Den ganzen Bergkamm entlang liegen französische Pferde, niedergebrochene oder im Stich gelassene Munitionswagen, neben ihnen vom Luftdruck ins Dickicht geschleuderte Tote, die den

Weg über die Matz

nicht mehr erreichten. Im Südteil des Riquebourg-Waldes entdeckten deutsche Grenadiere den wohleingerichteten Unterstand des den Abschnitt befehligenden französischen Generals. Aus ihren Deckungen kamen mit erhobenen Händen die Franzosen und wurden nach rückwärts abgeschoben.

Das Steuerfluchtgesetz.

Der Hauptausschuß des Reichstages beriet heute den Entwurf gegen die Steuerflucht.

Berichterstatter Abg. Dr. **Junck** (natl.) erläutert den Inhalt des Gesetzes.

Unterstaatssekretär **Schiffer:** Der Entwurf wirft

ein neues Problem

auf. Mit Rücksicht auf schon während des Krieges vorgekommene und nach dem Kriege weiter zu befürchtende Auswanderungen zu Zwecken der Steuerflucht erscheinen Maßnahmen dringend geboten. Solche können sich gegen die Verbringung des Vermögens ins Ausland oder gegen die Auswanderung der Personen richten. In erster Beziehung wurden Maßnahmen erwogen, deren Durchführbarkeit bei den modernen Verkehrsverhältnissen allerdings schwierig ist. Die Auswanderung der Personen kann in zweifacher Weise bekämpft werden: durch fortlaufende Entrichtung der Steuern oder durch die

Erhebung eines Abfindungsgeldes.

Von letzterem hat man abgesehen, weil sie mit der heutigen Auffassung von der menschlichen Freiheit und den bundesstaatlichen Verfassungen in Widerspruch steht. Zudem kann die einmalige Zahlung eines hohen Prozentsatzes des Vermögens zu großen Härten führen. Endlich ist zu beachten, daß nicht alle Auswanderungen zu bekämpfen sind. Eine ganze Reihe von Auswanderungen sind

im volkswirtschaftlichen Interesse geradezu zu begünstigen.

Für andere trifft dies zwar nicht zu, doch liegen bei ihnen Gründe vor, die von ihren berechtigten Privatinteressen aus die Auswanderung durchaus entschuldbar erscheinen lassen. In solchen Fällen ist es nicht erwünscht, durch die Erhebung einer einmaligen Steuer das steuerliche Band ein- für allemal zu zerschneiden. Aus allen diesen Gründen hat der Entwurf in Anlehnung an reichs- und landesrechtliche Steuergesetze den Weg der Fortdauer der Steuerpflicht gewählt. Er baut sich auf drei Stadien auf: auf der Anmeldung der Auswanderung, auf der Sicherheitsleistung und auf den Strafen. Da mit Umgehungen gerechnet werden muß, sind

die Strafen besonders wirksam gestaltet.

Es ist daher neben Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte die eigenartige Strafe der Entziehung der Staatsangehörigkeit mit Erstreckung auf die Ehefrau und die minderjährigen Kinder vorgesehen. Darin, daß nicht nur der Steuerpflichtige, sondern auch seine Familie von der ehemaligen Heimat ausgeschieden wird, liegt die wirksamste Waffe des Gesetzes. Die Interessen der berechtigten Auswanderungen sind in den §§ 20, 21 des Gesetzentwurfes hinreichend gewahrt. Wir müssen jedoch den gegenwärtigen Rechtsstand ändern, denn die glatte Auswanderung ist

mit den finanziellen und sittlichen Interessen unseres Landes unvereinbar.

Gewiß mag es auch einen einfacheren Weg geben als den, den der Gesetzentwurf geben will, z. B. die Abfindung. Aber wir haben aus wichtigen praktischen Gründen davon abgesehen. Im übrigen ist zu betonen, daß nicht alle Auswanderer Betrüger und Vaterlandsschädlinge sind; deshalb sollen ja auch Auslandsdeutsche, Auslandsbeamte und solche Personen befreit bleiben, deren Vermögen 30 000 Mark nicht übersteigt.

Abg. Dr. **Mayer-Kaufbeuren** (Z.): Der Gesetzentwurf ist ein Ausfluß der starken Verschiebung des finanziellen Verhältnisses der Einzelwirtschaften zum Staate, die dieser Krieg für alle kriegführenden Länder gebracht hat. Vielleicht ist das Gesetz aber verfrüht, da der

Ausgang des Krieges nicht vorauszusehen,

das Maß der steuerlichen Belastung noch nicht zu überblicken ist, und noch nicht feststeht, ob nicht die ganze Frage später international geregelt werden kann. Das Gesetz bezieht sich nur auf direkte Steuern, die fünfjährige Frist ist bei den großen Steuerlasten der Zukunft vielleicht zu kurz, die 20prozentige Sicherheitsleistung unter Umständen zu gering. Scharfe Strafen sind notwendig, andererseits erschweren sie in kaum erträglicher Weise die Wiederanknüpfung unserer Handelsbeziehungen und der Weltwirtschaft. Wie sollen die Neutralen behandelt werden, die in Deutschland große Kriegsgewinne gemacht haben? Was versteht der Entwurf unter dauernder Aufgabe des Aufenthalts im Inlande?

Abg. **Waldstein** (Fortschr.): Wenn Deutschland auf diesem Gebiete vorangeht, wird das im feindlichen Auslande mißdeutet werden. Die Bedenken des Vorredners sind begründet. Wir sollten das Gesetz fertig machen, aber nicht in Kraft setzen. Dies könnte später durch eine Bundesratsverordnung geschehen, die der Zustimmung des Reichstages bedarf.

Abg. **Warmuth** (D. Fr.): Wir sollten die Luft zur Auswanderung mildern, indem wir schleunigst aus dem Zwangssozialismus und Bureaukratismus, der uns jetzt einschnürt, heraustreten. Schwierig wird es sein, nicht die zu treffen, die im volkswirtschaftlichen Interesse Deutschlands auswandern. Das Gesetz darf

nicht im Interesse der Pariser Wirtschaftskonferenz

liegen. Es muß schon jetzt in Wirkung treten. Die Sicherheitsleistung muß sich auf einen weit größeren Zeitraum als nur fünf Jahre erstrecken.

Abg. **v. Brockhausen** (kons.) schließt sich dem Vorredner an. Der Reichstag sollte an die Grundlagen des Gesetzes herangehen. Das Problem muß schon während des Krieges gelöst werden. Manche Leute tragen sich schon jetzt mit Auswanderungsgedanken. Manche Bestimmungen der Vorlage werden bei der Durchführung große Schwierigkeiten machen, so die Vorenthaltung des Passes und die Freistellung „im deutschen Interesse“. Der Begriff des „deutschen Interesses“ muß klargestellt werden. Eine einheitliche Behörde muß darüber entscheiden. Wir müssen das Gesetz verabschieden und können uns ja den Zeitpunkt des Inkrafttretens vorbehalten. Jedenfalls billigen wir seinen Grundgedanken und auch die Einbeziehung der Besteuerung der Einzelstaaten und der Gemeinden.

Beratung des Kultusetats im Abgeordnetenhause.

Die Beteiligung der Schuljugend an kriegswirtschaftlichen Aufgaben — Der Staat muß die Regelung der inneren Schulangelegenheiten in der Hand behalten.

Berlin, 13. Juni.

Am Ministertisch Schmidt.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 10 Min.

Die Beratung des Kultusetats

wird bei den höheren Lehranstalten fortgesetzt.

Abg. Gescher (Konf.): Eine große Anzahl Lehrer ist auf dem Felde der Ehre gefallen. Wir wünschen, daß der deutschen Geschichte besondere Aufmerksamkeit zugewendet werde. Wir wünschen eine Schulkonferenz, um die neu auftauchenden Schulfragen prüfen zu können.

Abg. **Wildermann** (Zentr.): Gegenüber der Absicht der Feinde, uns vom Weltmarkte zu verdrängen, müssen wir einen Platz an der Sonne durch den inneren Gehalt unserer Leistungen erhalten. Infolge der

Ueberfüllung in den höheren Lehranstalten

fürchten wir das Entstehen eines männlichen und weiblichen geistigen Proletariats. Dem Antrag auf staatsbürgerliche Erziehung stimmen wir zu. Durch die Beteiligung der Schuljugend an kriegswirtschaftlichen Arbeiten werden die Schüler ihrer eigentlichen Aufgabe entzogen. Die Konfessionen müssen auch beim Unterricht in den höheren Schulen berücksichtigt werden. Dem Antrage der Kommission auf weitere Ausgestaltung der Auskunftsstelle für das Schulwesen stimmen wir zu.

Abg. **Herwig** (Natl.): Der Wunsch der Lehrer nach Gleichstellung mit den anderen akademischen Berufen sollte erfüllt werden. Wir wünschen keine konfessionellen höheren Schulen. Dem Antrag auf Schaffung einer deutschen Einheitsstenographie stimmen wir zu.

Abg. **Cassel** (Fortschr. Volksp.): Die Uebernahme von Schülern in die höheren Lehranstalten sollte erleichtert werden. Die

hohen Schulen sollten nicht konfessionalisiert

werden. Die hohen Schulen sind Gemeindeangelegenheit und deshalb müssen auch die Städte ein Verfügungsrecht über sie haben. Wir halten fest an der Gleichberechtigung aller höheren Schulen.

Kultusminister Dr. **Schmidt:** Die Regelung der inneren Schulangelegenheiten muß in den Händen des Staates bleiben, über die äußeren Angelegenheiten soll den Städten ein weitgehendes Verfügungsrecht eingeräumt werden. Auf

Einberufung einer Schulkonferenz

kann ich mich nicht festlegen. Wir müssen danach streben, daß die Schüler in den höheren Schulen zur selbständigen Arbeit erzogen werden. Den Lehrern sollte man die Möglichkeit zur Weiterbildung geben. Bei der Konfessionalisierung der höheren Schulen sollte man nicht über das jetzige Maß hinausgehen.

Weiterberatung Freitag 11 Uhr.

Erhöhung der Getreidepreise?

WTB. **Berlin**, 13. Juni. (Amtlich.) Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Ein Berliner Blatt bringt in seiner heutigen Morgenausgabe eine Zuschrift aus Kreisen des Reichstagsbeirates über eine bevorstehende Heraufsetzung der Getreidepreise. Soweit in dieser Zuschrift von den Absichten des Kriegsernährungsamtes die Rede ist, sind diese falsch und unvollständig wiedergegeben. Eine eingehende Mitteilung darüber wird erfolgen, sobald der Bundesrat und Ernährungsbeirat in der Angelegenheit gehört sind. Schon jetzt sei aber festgestellt, daß die in dem Blatte für das kommende Wirtschaftsjahr errechnete Brotpreiserhöhung von 6 bis 8 Pfennig das Pfund gegenüber den der Beratung zugrunde liegenden Entwürfen des Kriegsernährungsamtes um ein Vielfaches zu hoch angegeben ist.

Die angebliche Ulsterreise des Herrn v. Kühlmann.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

In einer an die „Morning Post“ gerichteten Zuschrift vom 30. Mai hat Sir Edward Carson gegenüber Behauptungen, er sei im Sommer 1914 in Ulster mit dem damaligen Botschaftsrat v. Kühlmann zusammengetroffen, festgestellt, daß er Herrn v. Kühlmann überhaupt niemals in seinem Leben begegnet sei und niemals irgendwelche Beziehungen mit ihm unterhalten habe. Die „Westminster Gazette“ bemerkt in einem Kommentar zu dieser Erklärung, man müsse den Angaben Sir Edwards wohl Glauben schenken. Damit sei aber keineswegs der Beweis geführt, daß Herr v. Kühlmann nicht doch in Ulster gewesen sei und dort intrigiert habe. Jedenfalls bestehe kein Zweifel darüber, daß Agenten des Herrn v. Kühlmann sich in Ulster aufgehalten hätten.

Wie wir hierzu von zuständiger Seite hören, ist v. Kühlmann überhaupt niemals in seinem Leben in Irland gewesen, auch die Behauptung, daß Agenten von ihm sich dort aufgehalten hätten, entbehrt jeder Grundlage. Ebenso unwahr wie die Behauptungen über angebliche Intrigen Herrn v. Kühlmanns in Ulster sind natürlich die besonders von den Anhängern Sir Edward Carsons verbreiteten Angaben über angebliche Beziehungen der deutschen Regierung zu der Sinnfeiner-Bewegung.

Die polnische Frage.

Eine Interpellation im ungarischen Abgeordnetenhause

WTB. **Budapest**, 12. Juni. (Ung. Korr.-Bureau.) Graf Theodor Batthyany, Karoly-Partei, hat im Abgeordnetenhaus folgende Interpellation an den Ministerpräsidenten gerichtet: Welchen Sandpunkt nimmt die Regierung in der Frage der Lösung der polnischen Frage ein. Entspricht die in Oesterreich verbreitete Nachricht der Wahrheit, daß in Verbindung mit den in Brest-Litowsk gepflogenen Friedensverhandlungen unter Mitwirkung des damaligen Ministers des Aeußern Grafen Czernin ein geheimes Abkommen zustande gekommen ist, das in dem Sinne des österreichischen Ministerpräsidenten die Verpflichtung übernommen hätte, über die Ausgestaltung Ostgaliziens zu einer besonderen Provinz dem österreichischen Reichsrat einen Gesetzentwurf zu unterbreiten. Mit Rücksicht darauf, daß das Zustandekommen einer solchen besonderen ostgalizischen Provinz weder mit den polnischen noch mit den ungarischen Interessen in Einklang gebracht werden kann, frage ich, ob der Ministerpräsident die notwendigen Schritte unternommen hat, um den Plan, wenn er bestanden hat, zu verhindern. Ministerpräsident Dr. Weckerle sagte in Beantwortung der Interpellation:

Ueber die Lösung der polnischen Frage sind die verschiedensten Anschauungen ausgetauscht worden nicht nur in Deutschland, wo sich die amtlichen Kreise noch gar nicht geäußert haben, sondern auch, wie das Beispiel des Interpellanten zeigt, bei uns und auch in den Kreisen der Polen. Weder wir noch Deutschland haben in der Polenfrage eine Stellungnahme gekennzeichnet. Selbst Polen ist noch nicht in der Lage, seinen Standpunkt in dieser Frage einzunehmen. Unter solchen Umständen wird es das Haus natürlich finden, daß ich mich nicht äußere. Was die ukrainische Frage betrifft, so kann ich mich auf die Erklärung beschränken, daß der Vertrag mit der Ukraine noch nicht ratifiziert ist.

Nach einer kurzen Erwiderung des Interpellanten wurde die Antwort zur Kenntnis genommen.

Graf Wedel über die Vertiefung des Bündnisses.

Budapest, 13. Juni. Der deutsche Botschafter in Wien Graf Wedel sagte in einer Unterredung mit dem Mitarbeiter des „Az Est“ über die Vertiefung des Bündnisses zwischen den Mittelmächten und über die Stellung Ungarns in dem neuen Bündnis u. a. folgendes:

Das Bündnis zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reiche ist kein Gelegenheitsbündnis wie die Entente, sondern auf dauernder Freundschaft begründet. Es habe unter der Ausschaltung jeden Angriffsgedankens nur die Verteidigung und Sicherung des Besitzes und der Interessen der Verbündeten zum Ziele. Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der verbündeten Staaten würde auch im Rahmen des neuen Bündnisses unberührt bleiben. Die politische Einsicht der Ungarn, die immer Freunde der Deutschen gewesen seien, werde bald erkennen, daß die ungarische Nation in diesem Bündnis keine Verkürzung erfahre, sondern bei voller Wahrung ihrer Selbständigkeit, ohne die geringste Einschränkung der bewährten alten Traditionen, vielmehr auf diese Weise die beste, dauerhafteste Sicherung der wahrhaften Interessen finden werde.

Amerikas Frachtraummangel.

WTB. **Bern**, 12. Juni. Der „New York Times“ vom 8. Juni zufolge erklärte Filene, der Vorsitzende des Schiffahrtsausschusses der Handelskammer der Vereinigten Staaten, Amerika sende Leute über See, ohne genügenden Schiffsraum zur Verfügung zu haben. Er hoffe indessen zuversichtlich, daß das Land, das dergestalt das Leben seiner Söhne aufs Spiel setze, den notwendigen Schiffsraum beschlossen werde. Seines Erachtens würden die Schiffs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180614015/fragment/page=0003

neubauten bis nächstes Frühjahr die durch U-Boote bewirkten Versenkungen wettmachen. Man habe für den Transport von Kriegsmaterial und Lebensmitteln auf jeden Mann an der Front vier Tonnen Schiffsraum zu rechnen. Eine Million Soldaten in Frankreich würden somit vier Millionen Tonnen Schiffsraum erfordern, die man nicht besitze.

Wieder ein amerikanischer Dampfer versenkt.

WTB. **Washington, 12. Juni. (Reuter.) Der amerikanische Dampfer „Pinar del Rio" wurde am Sonnabend auf der Höhe von Maryland durch ein U-Boot versenkt. Die gesamte Mannschaft ist gelandet.**

Der Prozeß gegen den Exzaren als Sensation.

WTB. **Amsterdam**, 12. Juni. „Handelsblad" zufolge erfährt „Daily Expreß" aus Petersburg, daß der bevorstehende Prozeß des Exzaren sensationell zu werden verspricht. Nach den letzten Berichten aus Moskau beschäftigt sich der Sowjet mit der Beibringung von Telegrammen und Briefen des Exzaren an europäische Monarchen und Staatshäupter, z. B. den König Viktor Emanuel, Ferdinand von Bulgarien, Konstantin von Griechenland und Albert von Belgien, den Deutschen Kaiser und den Präsidenten Wilson.

Angliederung der Krim an die Ukraine.

WTB. **Kiew**, 12. Juni. Nach Zeitungsmeldungen hat der Minister des Aeußern Doroschenko dem deutschen Botschafter Freiherrn von Mumm eine Note über die Notwendigkeit der Angliederung der Krim an die Ukraine überreicht.

Neuer englischer Kriegskredit.

Amsterdam, 13. Juni. „Allgemeen Handelsblad" meldet aus London: Der Schatzkanzler wird am Dienstag im Unterhause eine Kreditvorlage von 500 Millionen Pfund Sterling einbringen. Der Gesamtbetrag der während des Krieges gewährten Kredite mit Einschluß dieses neuen ist 7342 Millionen Pfund Sterling.

Die Zukunft der deutschen Kolonien.

Beratungen im britischen Reichskriegsrat.

WTB. **Amsterdam**, 13. Juni. „Allgemeen Handelsblad" zufolge meldet der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily Expreß", daß eine der wichtigsten Fragen, die das Reichskriegskabinett behandeln wird, die Frage der Zukunft der deutschen Kolonien sein wird. Die Premierminister der Dominions wünschen diese Angelegenheit mit der Regierung des Mutterlandes zu besprechen. Besonders der Premierminister von Australien hat diese Absicht. Man will in Australien die Uebertragung der Monroedoktrin auf die australische Zone und will, daß bei der Regelung der Friedensbedingungen die Rückgabe der deutschen Kolonien ausgeschlossen wird. Man will nicht, daß Deutschland in verhältnismäßig geringer Entfernung von Australien Inseln besitzt, die es als Tauchboot stützpunkte und für andere Kriegsvorbereitungen verwenden kann.

Deutsches Reich.

Das Lichtspielgesetz.

WTB. **Berlin**, 13. Juni. Im Ausschuß des Reichstages zur Beratung des Lichtspielgesetzes hat die Regierung erklärt, daß sie unter keinen Umständen irgendwelche politischen Erwägungen bei der Konzessionierung und bei der Entscheidung der Bedürfnisfrage mitsprechen lassen werde.

Halle und Umgebung.

Halle, den 14 Juni 1918.

Sparkassen-Giroverband Sachsen-Thüringen-Anhalt.

Nach dem Geschäftsbericht für 1917 hat der Ausbau der Girozentrale im Berichtsjahre gute Fortschritte gemacht. Unter den Kommunalverbänden und ihren Sparkassen hat die Erkenntnis der Vorteile, welche eine rege Inanspruchnahme der Zentrale des Giroverbandes mit sich bringt, immer weiter Platz gegriffen. Demgemäß erhöhte sich die Anzahl der dem Verbande beigetretenen Mitglieder um mehr als das Dreifache. Sie stieg im Berichtsjahre von 34 auf 117. Mit weiteren Kommunalverbänden schweben Verhandlungen, wovon bis zur Drucklegung des Berichts 9 zum Beitritt führten. Die Mitgliederzahl beläuft sich nunmehr zurzeit auf 127. Es gehören der Organisation 98 Städte und Gemeinden sowie 22 Kreise an. Die Zahl der bei der Girozentrale geführten Konten belief sich am 31. Dezember 1917 auf 458. Die Schuldkonten setzen sich zusammen aus 1. Forderungen an die Sparkassen in laufender Rechnung 14 893 143 Mk. 2. Forderungen an Kommunalverbände 45 651 719 Mk., Guthaben auf Reichsbank- und Postscheckkonto 365 907 Mk., 4. Guthaben bei Banken und Sonstigen 523 473 Mk., zusammen 60 674 243 Mk. Es betrugen andererseits 1. Guthaben der Sparkassen 2 806 721 Mk., 2. Guthaben der Ortsgirokassen und der Kommunalverbände 2 404 800 Mark, 3. Guthaben von Verschiedenen 1 640 667 Mk., 4. Depositen-Guthaben 7 578 131 Mk., 5. aufgenommene Gelder 53 306 254 Mark, zusammen 67 736 873 Mark. Oberster Grundsatz der Girozentrale als kommunale Geldausgleichstelle ist, die ihr zufließenden Kapitalien den um Geldmittel verlegenen Mitgliederverbänden und deren Kassen unter Gewährung günstiger Zins- und Rückzahlungsbedingungen zur Verfügung zu stellen. Der Bestand an Wertpapieren setzt sich zusammen aus Beteiligungen an der 6. und 7. Kriegsanleihe, aus Ankäufen sonstiger Anleihen sowie Schatzanweisungen des Deutschen Reiches und betrug am 31. Dezember nom. 7 098 600 Mk. Die Papiere sind sämtlich unter den Tageskursen in der Bilanz eingesetzt.

Nach Abschreibung der Geschäftsunkosten in Höhe von 107 402 Mark, von denen auf Kriegssparkartenabteilung rund 35 000 Mk. entfallen, und unter Berücksichtigung der vorgenommenen Abschreibungen auf Wertpapierbestände und Inventar verbleibt ein Ueberschuß von 110 283 Mk., für den folgende Verwendung vorgeschlagen wird: Sicherheitsrücklage 100 000 Mk., Sonderrücklage 10 000 Mk., Gewinnvortrag 283 Mark.

Reichskonferenz zur Belieferung von Gastwirtschaften. Am 22. Juni findet zu Frankfurt a. M. die von der Frankfurter Kriegsschutzstelle des Hansabundes angeregte Reichskonferenz zur Regelung der Belieferung der Gaststätten im Bürgerlaale des Rathauses statt. Einladungen sind ergangen an die Reichsregierung, die Ministerien der deutschen Bundesstaaten, Reichstags- und Landtagsabgeordneten, Generalkommandos und Kriegswirtschaftsämter, Handelskammern, den Deutschen Städtetag, die Lebensmittelämter, die Fachverbände und die interessierten Hypothekenbanken. Das Kriegsernährungsamt hat seine Beteiligung bereits zugesagt. — Der Allgemeine Verband deutscher Fremden- und Familienheim-Besitzer wird seinen Ehrenvorsitzenden, Herrn Oberbürgermeister am Ende, zu dieser Reichskonferenz entsenden.

Provinzial-Nachrichten.

() **Klosterlausnitz**, 12. Juni. (Ein Lebensmittelhamster) schlimmster Sorte wurde auf hiesigem Bahnhof von der Gendarmerie angehalten, als er im Begriff war, abzufahren. Er führte bei sich: 20 Pfund Butter, 90 Eier, sowie große Posten Speck und Schinken. Die Waren, die aus der Kahlaer Gegend stammen sollen, wurden ihm abgenommen und der hiesigen Lebensmittelstelle zugeführt. Es handelt sich um einen ledigen Schneidergesellen aus Leipzig, der den Schleichhandel gewerbsmäßig betreibt.

Coswig, 11. Juni. (In der Bäcker-Innungs-Versammlung) wurde festgestellt, daß über 50 Prozent Kuchenbleche nicht zurückgebracht werden. Die Bäcker haben daher den Entschluß gefaßt, Bleche nur gegen Pfand benutzen zu lassen.

Dessau, 13. Juni. (Zwangsimpfung gegen Rotlauf.) In zahlreichen Ortschaften des Kreises Zerbst werden zur Bekämpfung der Rotlaufseuche Zwangsimpfungen sämtlicher Schweine polizeilich angeordnet. Die Kosten trägt der Viehhandelsverband, der auch die Entschädigungspflicht für Schweine, die an Impfrotlauf erkranken und verenden, übernimmt.

Sport-Nachrichten.

Pferdesport.

Zum Siege Mackensen im Preise vom Rhein

schreibt das „Sport-Journal" mit Recht: Mackensen, der Sieger im Preise vom Rhein am letzten Sonntag, wurde der Presse als Nichtstarter gemeldet. Da aber Cattaro in diesem Rennen nicht lief, Jockei Kasper infolgedessen frei war, entschloß sich Trainer Plüschke im letzten Augenblick, den verdienstvollen Hengst starten zu lassen. Soweit ist das alles gut und schön, das Publikum aber, dem es nicht möglich ist, am Rennplatze selbst anwesend zu sein, ist stets sehr ungehalten, wenn derartige Dispositionen erst im letzten Augenblick getroffen werden. Wir haben schon während des Rennens in Horst-Emscher, wo sich Aehnliches ereignete, ganze Stöße von Briefen erhalten, in denen nicht gerade freundlich mit den betreffenden Trainern umgegangen wird. Aus Rücksicht auf den Ruf der Trainer und um keinen Staub aufzuwirbeln, haben wir von einer Veröffentlichung bisher abgesehen. Im Interesse einer geregelten Berichterstattung müssen wir aber Trainer und Ställe freundlichst ersuchen, ihre Dispositionen rechtzeitig und dann auch möglichst genau anzugeben. So hätte Trainer Plüschke seinen Mackensen wenigstens als zweifelhaften Starter melden müssen. Das Publikum hat keinen Einblick in die Verhältnisse und urteilt leicht nur nach dem Sehen. Unliebsame Szenen am Rennplatze und persönliche Angriffe können daher sehr leicht die Folgen von solchen nicht immer nötigen Unterlassungssünden sein.

Radsport.

Zuverlässigkeitsfahrt für Ersatzbereifung Berlin—Dresden. Der Deutsche Radfahrer-Bund wird demnächst eine neue Raddauerfahrt mit Ersatzbereifung zum Austrag bringen. Die Fahrt soll über 200 Kilometer gehen und umfaßt die Strecke Berlin—Trebbin—Luckenwalde—Jüterbog—Alt-Herzberg—Liebenwerda—Großenhain—Dresden. Da der Deutsche Radfahrer-Bund die Absicht hat, eine Ausstellung von Ersatzbereifungen ins Leben zu rufen, so würde die jetzt geplante Zuverlässigkeitsfahrt dazu eine wertvolle Ergänzung bilden. Den Fabrikanten von Ersatzbereifung wird durch die beiden Veranstaltungen Gelegenheit gegeben, ihre Fabrikate durch den Deutschen Radfahrer-Bund selbst prüfen zu lassen. Zu wünschen wäre nur, daß die geplante Ausstellung gleich von vornherein als Wanderausstellung ins Auge gefaßt wird, die ihren Weg durch alle größeren deutschen Städte nehmen könnte.

Verschiedenes.

Die Podbielski-Erinnerungs-Spiele des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen im Deutschen Stadion, die am nächsten Sonntag stattfinden, werden zu einer **machtvollen Kundgebung** für die Sache der Leibesübungen gestaltet werden und der Oeffentlichkeit beweisen, mit welch ungebrochener Stärke auch während des Krieges die Leibesübungen im Deutschen Reiche betrieben werden. In den einzelnen Sportzweigen wird neben den besten Jugendlichen auch eine ganze Reihe aus dem Felde beurlaubter hervorragender Sportleute teilnehmen.

Letzte Depeschen.

Der Streit um die Murmanküste.

Stockholm, 13. Juni. (Priv.-Tel.) Wie das russische Kriegsorgan „Isvestija" meldet, hat die finnländische Regierung der russischen versichert, daß Finnland nur denjenigen Teil der Murmanküste besetzen werde, der ihm seinerzeit zugesichert worden sei. Die Sowjetregierung hat daher das Militärkommando des Murmangebiets angewiesen, vorläufig im Hinblick auf die finnische Aktion keine Maßnahmen zu ergreifen.

Das Minenfeld der Entente.

Stockholm, 13. Juni. (Priv.-Tel.) Das schwedische Telegraphenbureau übermittelt eine Erklärung des „Petit Parisien", der behauptet, die Minen, denen schwedische Schiffe zum Opfer fielen, seien vermutlich von deutscher Seite in der Absicht gelegt worden, die Spannung zwischen Schweden und dem Verband zu vergrößern. Diese Verleumdung erfährt in „Stockholms Dagblad" eine scharfe Zurückweisung. Das Blatt schreibt: Jeder Mensch in Schweden weiß, daß es sich seit dem schwedischen Einspruch in London nicht um einzelne Minen, sondern um ein ganzes Minenfeld handelt, dessen englischer Ursprung völlig einwandfrei nachgewiesen worden ist. Das hat sogar die verbandsfreundliche Göteborger „Tidningen" festgestellt. Der Schlußsatz des Pariser Artikels: „Wir werden uns durch Reklamationen nicht einschüchtern lassen", wird in Schweden als einwandfreies Zeugnis dafür angesehen, wie das Recht der kleinen Völker von denen geachtet wird, die diesen der Regierung nahestehenden Artikel des „Petit Parisien" inspiriert haben.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 13. Juni. Realisationslust kennzeichnete im allgemeinen den heutigen Börsenverkehr, doch trat das Angebot auf keinem Gebiet dringend auf, so daß der Kursrückgang keinen großen Umfang annahm. Erheblicher gaben die von Wien abhängigen türkischen Tabakaktien und Orientbahnaktien nach. Auch Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation erlitt eine bemerkenswerte Abschwächung, dagegen behaupteten Hirsch-Kupfer, Köln-Rottweiler, Orenstein und Daimler sowie die Kaliwerte unter Bevorzugung von Heldburg gute Haltung. Der Anlagemarkt behauptete sich unverändert.

Devisenkurse.

Berlin, 13. Juni.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—	—		
Holland	100 fl.	249,50	250,00	253,50	254,00
Dänemark	100 Kr.	159,50	160,00	159,50	160,00
Schweden	100 Kr.	176,25	176,75	174,25	175,75
Norwegen	100 Kr.	159,25	159,75	159,25	159,75
Schweiz	100 Fr.	125,50	128,75	126,50	126,75
Wien / Budapest	100 K.	65,55	65,68	66,05	66,15
Bulgarien	100 Leva	79,00	79,50	79,25	79,75

Konstantinopel Geld 20,15 Brief 20,25 für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 103,00 Brief 104,00 für 100 Peseten

Getreide.

Berlin, 13. Juni. Wie jetzt bekannt ist, bleiben die Vorschriften über den Frühdrusch für das neue Wirtschaftsjahr gegen das Vorjahr unverändert, ausgenommen die Höhe der Prämien, über deren Festsetzung von der Regierung noch beraten wird. Die Stille im übrigen Produktenverkehr hält an. Gemüsepflanzen sind noch reichlich angeboten, finden aber infolge des trockenen Wetters nicht den erwünschten schlanken Absatz. Für getrocknete Rüben zeigte sich vielfach Kauflust. Dasselbe gilt für Waldstreu und Heidekraut. Ackerquecken sind von den Fabriken für Futtermittelbereitung verschiedentlich begehrt. Im Handel mit Seradella und Lupinen hat sich nichts geändert. Wetter: Schön.

Enorme Preissteigerungen für Textilrohstoffe in England. Nach den letzten Berichten, die aus Bradford vorliegen, sind die Preissteigerungen für Textilrohstoffe erheblich höher, als man dies bisher angenommen hatte. Während brasilianische Baumwolle vor dem Kriege mit 775 d. für 100 englische Pfund bezahlt wurde, finden die heutigen Notierungen 2585 d. Englische Baumwolle ist von 875 d. auf 3055 d., amerikanische von 753 d. auf 2400 d. gestiegen. Ganz erheblich sind auch die Preissteigerungen für Flachs, Hanf und Jute, wenngleich sie den Wertsteigerungen, die Baumwolle erfahren hat, nicht ganz entsprechen. Besonders gute Beschaffenheiten ausländischen Flachses wurden vor dem Kriege mit 32 sh., jetzt mit 125 sh. bewertet. Hanf kostete 27 sh. und ist jetzt auf 93 sh. gestiegen, Jute hat die Preissteigerung von 25 sh. auf 48 sh. durchgemacht. Ganz erheblich sind auch die Preissteigerungen für Seide. Während vor dem Kriege 57 Pfd. St. bezahlt wurden, ist jetzt Seide unter 122 Pfd. St. nicht zu kaufen.

Erhöhung der Elbefrachten. Infolge des weiteren Rückgangs des Wasserstandes haben die in der Elbe-Schiffahrts-Vereinigung zusammengeschlossenen Unternehmungen eine neue Erhöhung der Elbefrachten auf 100 Pfg. Basis Magdeburg und 150 Pfg. Basis Riesa für je 100 Kilo beschlossen. Die Erhöhung tritt am 14. Juni in Kraft.

Gewerkschaft Alexandershall (Kaliwerk) in Berka (Werra). Der Bergwerks- und Fabriksbetrieb ergab im Jahre 1917 einen Gewinn von 1,95 (i. V. 2,3) Mill. M. Dazu kamen die Einnahmen an Ausbeuten von 450 000 (300 600) M., sowie der Gewinnvortrag aus 1916 mit 18 371 (23 149) M. Nach Abzug sämtlicher Ausgaben, darunter allein für Obligationen- und Bankzinsen 673 925 (133 804) Mark ergibt sich ein Nettobetriebsgewinn von 1,17 (1,2) Mill. Mark. Davon werden 1,16 (1,18) Mill. M. zu Abschreibungen benutzt und 14 024 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Ausbeute wurde nicht ausgeschüttet. Der Anteil am Gesamtabsatze des Kalisyndikats hat sich für die Gewerkschaft Alexandershall im Berichtsjahre von 10,9190 Tausendstel auf 10,1829 Tausendstel ermäßigt, da die Zahl der mit Beteiligungsziffern ausgestatteten Kaliwerke im Jahre 1917 weiter stieg und außerdem 11 Werke mit bisher vorläufiger Beteiligungsziffer eine endgültige Beteiligung erhielten. Von den Konzernwerken erbrachte die Gewerkschaft Sachsen-Weimar im J. 1917 einen Ueberschuß ohne Berücksichtigung der Abschreibungen von 1,93 Mill. M. und verteilte 900 M. Ausbeute für den Kux. Bei der Gewerkschaft Großherzog Wilhelm Ernst kam eine Ausbeute nicht zur Verteilung. — Auf der Tagesordnung der ordentlichen Gewerkenversammlung steht auch ein Antrag auf Abschluß eines Pachtvertrages über eine Koligerechtsame mit dem Recht späterer Erwerbung derselben.

Hamburg-Amerika-Linie. Bei den Verhandlungen zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft handelt es sich laut „Frankf. Ztg." nicht eigentlich um den Erwerb des Restes der Flotte des letzteren Unternehmens, sondern um eine von der Hapag gemeinsam mit Hugo Stinnes zu nehmende Aktienbeteiligung, die allerdings die Flotte der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, so weit sie in deutschen oder greifbaren ausländischen Häfen liegt, unter die Herrschaft der Hapag bringen würde.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 12. Juni. Weizen: Juni —, Juli —, Sept. —. Mais: Juni 143⅝, Juli 144⅝, Sept. 146½. Schmalz: Juni 24,20, Juli 24,40, Sept. —. Pork: Juni 41,25, Juli 41,75, September —. Rippen: Juni 22,35, Juli 22,72, Sept. —. Hafer: Juni 77, Juli 71½, Sept. —.

New York, 12. Juni. Winterweizen: —, Mais: —, Mehl: —, Zucker: —, Kaffee: 8½.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: P. Hackenbracht.
Druck und Verlag von Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180614015/fragment/page=0004